



Ressort: Politik

Südtirols Autonomie-Reform stockt

Frankfurt am Main, 17.03.2025 [ENA]

Der Bulle gegen Bär. Die Reform zur Erweiterung der Autonomie Südtirols befinden sich derzeit in einer Ruhephase, die von widersprüchlichen Kräften geprägt ist. Während auf der einen Seite die Forderungen nach mehr Autonomie und Eigenständigkeit wachsen – fast wie der „Bulle“ in einem Finanzmarkt,

der nach mehr Raum zur Entfaltung strebt –, gibt es auf der anderen Seite die „Bär“-Mentalität der italienischen Zentralregierung, die auf der Bewahrung der Einheit und Kontrolle des Staates besteht. Diese Dynamik zwischen den „Bullen“ und „Bären“ der Autonomie-Verhandlungen sorgt für eine immer komplexere politische Lage. Mit dem „Autonomiestatut von 1972“ wurde der Region eine weitgehende Selbstverwaltung gewährt, die besonders in Bereichen wie Bildung, Kultur und Verwaltung greift. Doch trotz dieser umfangreichen Rechte gibt es nach wie vor politische Bestrebungen, diese Autonomie weiter zu vertiefen.

Die jüngsten Verhandlungen – sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene – stellen einen Versuch dar, diesen Autonomiestatus weiter auszubauen. Dies wird häufig als „Autonomie 2.0“ bezeichnet, ein Prozess, der Südtirol mehr Spielraum für politische und wirtschaftliche Entscheidungen verschaffen soll. Doch dieser Prozess verläuft alles andere als reibungslos. Die Südtiroler Politik, vertreten durch die Südtiroler Volkspartei (SVP) und andere lokale Akteure, ist der Motor hinter den Forderungen nach einer weitergehenden Autonomie. Die Region hat in den letzten Jahren wirtschaftlich von ihrer Autonomie profitiert und möchte nun, ähnlich wie ein „Bulle“ auf einem Börsenmarkt, die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung noch weiter ausbauen.

Konkret geht es vor allem um zwei zentrale Forderungen: Zum einen eine stärkere finanzielle Autonomie, insbesondere durch eine größere Kontrolle über die eigenen Steuereinnahmen, und zum anderen eine Erweiterung der Kompetenzen in Bereichen wie Bildung, Kultur, Wirtschaft und Infrastruktur. Die regionale Regierung sieht sich durch die wachsenden globalen Herausforderungen und die dynamische wirtschaftliche Entwicklung dazu ermutigt, die bestehenden Kompetenzen zu erweitern, um besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren zu können.

Für die Südtiroler Volkspartei, die in der Region eine dominierende politische Kraft ist, stellt dies einen wichtigen Schritt dar, um die regionale Eigenständigkeit zu wahren und die kulturellen Besonderheiten der Region, insbesondere die zweisprachige Gesellschaft, zu schützen. Doch während diese

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service

„Bullen-Mentalität“ auf lokale Zustimmung stößt, bleibt sie in Rom und anderen Teilen Italiens umstritten. Der „Bär“ Widerstand gegen weitere Autonomie: Auf der anderen Seite steht die italienische Zentralregierung, die das Modell der regionalen Autonomie grundsätzlich unterstützt, aber mit den jüngsten Forderungen nach einer Vertiefung dieser Autonomie zunehmend skeptisch ist.

Der Widerstand der Zentralregierung lässt sich als „Bär“-Mentalität beschreiben: Sie sieht die Notwendigkeit, den nationalen Zusammenhalt und die finanzielle Gleichbehandlung der Regionen zu bewahren. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gibt es Bedenken, dass eine noch stärkere Autonomie Südtirols die finanziellen Ressourcen des Staates weiter belasten könnte. Die zentrale Herausforderung für Rom besteht darin, einen Ausgleich zu finden zwischen der Wahrung der nationalen Einheit und der Anerkennung der berechtigten Forderungen der Region. Besonders in Zeiten politischer Instabilität und finanzieller Engpässe in Italien stehen die Verhandlungen auf der Kippe.

In Rom gibt es nicht nur eine Partei, sondern mehrere politische Akteure, die unterschiedlich stark auf eine Dezentralisierung oder eine stärkere Regionalisierung drängen. Dies führt zu einer zersplitterten politischen Landschaft, die keine klare Linie im Umgang mit den Südtiroler Autonomiebestrebungen vorgibt. Vor diesem Hintergrund stehen die Verhandlungen oft auf der Kippe: Die Zentralregierung zögert, weitreichende Zugeständnisse zu machen, da dies nicht nur in Südtirol, sondern auch in anderen Regionen zu ähnlichen Forderungen führen könnte. Zudem befürchten manche politische Akteure, dass eine zu starke Autonomie Südtirols langfristig eine politische und wirtschaftliche Abkoppelung von Italien begünstigen könnte.

Ein zentraler Streitpunkt in den aktuellen Verhandlungen ist die Frage der finanziellen Autonomie. Südtirol hat bereits jetzt eine erhebliche Kontrolle über seine Haushaltsführung, doch die Region strebt danach, noch mehr Steuerhoheit zu erlangen. Ein entscheidender Aspekt ist die Verwaltung und Zuteilung von Mitteln aus dem nationalen Haushalt. Südtirol fordert, einen größeren Anteil der von der Region selbst erwirtschafteten Steuern zu behalten und mehr Entscheidungsfreiheit bei der Verwendung dieser Gelder zu erhalten. Die italienische Regierung, die ohnehin mit einem hohen Schuldenstand und wirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen hat, begegnet dieser Forderung mit Zurückhaltung.

Sie befürchtet, dass eine noch größere finanzielle Unabhängigkeit der Regionen zu einer erheblichen Belastung für den nationalen Haushalt führen könnte. Rom möchte verhindern, dass die Region zu einer „Finanzinsel“ wird, die sich selbst versorgt, während andere Regionen weiterhin auf staatliche Mittel angewiesen sind. Der „Bulle“ der Südtiroler Autonomie-Forderungen und der „Bär“ der italienischen Zentralregierung prallen derzeit aufeinander. Ein solcher Konflikt birgt immer die Gefahr, dass die Verhandlungen ins Stocken geraten oder dass keine tragfähige Einigung erzielt wird.

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

Es bleibt abzuwarten, ob es den politischen Akteuren auf beiden Seiten gelingt, einen Kompromiss zu finden, der sowohl den regionalen Interessen als auch den nationalen Anforderungen gerecht wird. Die Verhandlungen über die Autonomie Südtirols sind daher ein Balanceakt. Die Region möchte ihre Position weiter stärken und mehr Entscheidungsfreiheit erlangen, um den Herausforderungen einer globalisierten Welt besser begegnen zu können. Gleichzeitig steht die italienische Regierung unter dem Druck, den nationalen Zusammenhalt zu wahren und das Land finanziell stabil zu halten.

Der Ausgang dieser Verhandlungen könnte nicht nur die politische und wirtschaftliche Zukunft Südtirols bestimmen, sondern auch weitreichende Auswirkungen auf die Diskussionen über regionale Autonomie in anderen Teilen Italiens und Europas haben. Die kommenden Monate dürften entscheidend sein, ob der „Bulle“ der Autonomie oder der „Bär“ der Zentralregierung den endgültigen Sieg davonträgt – oder ob ein neuer politischer Konsens gefunden wird, der die Region weiterhin in den nationalen Rahmen integriert und zugleich den Weg für eine vertiefte Autonomie ebnet.

[Bericht online lesen:](#)

https://www.european-news-agency.de/politik/suedtirols_autonomie_reform_stockt-91029/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Felix Pfitscher

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.